

Kreistagsvorlage – Eilantrag für die Kreistagssitzung am 15.4.2015

Antrag der Fraktionen SPD, CDU, B-J-A, FDP, BVFO im Kreistag Oder-Spree

Betr.: Antrag zur Entwicklung eines Gesamtkonzeptes zur Unterbringung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern im Landkreis Oder-Spree

Beschlussvorschlag:

Um den wachsenden Anforderungen aus den weiter steigenden Asylbewerber- und Flüchtlingszahlen qualitativ besser gerecht zu werden, ist unverzüglich durch die Kreisverwaltung ein Gesamtkonzept zur Unterbringung, Betreuung und Integration in die lokale Gemeinschaft, zur Bildung und Beschäftigung von Flüchtlingen und Asylbewerbern zu erarbeiten.

Dabei sollten folgende Punkte Berücksichtigung finden:

- Stärkung einer gesamtgesellschaftlichen Willkommenskultur
- Weiterentwicklung der Informations- und Beratungsmöglichkeiten und -systeme
- Regional ausgewogene Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen sowohl in der Erstaufnahme als auch in der Ansiedlung nach einem bestätigten Bleiberecht
- Zusammenarbeit der betroffenen Ämter in der Verwaltung
- gezielte Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Einrichtungen im Umgang mit Asylbewerbern und Flüchtlingen, die mit entsprechenden Aufgaben betraut sind
- Verbesserung der Angebote zur sprachlichen Integration von Migranten
- Schaffung eines Dolmetscherpools
- Bedarfsgerechte Betreuung und Beschulung von Kindern und Jugendlichen sowie Schaffung einer entsprechenden Zahl von Kitaplätzen
- Gewährleistung eines Behandlungsangebotes für traumatisierte Flüchtlinge
- Bereitstellung geeigneter Ausbildungsplätze für Jugendliche in Zusammenarbeit mit IHK, Kreishandwerkerschaft und Jobcenter unter aktiver Einbeziehung der örtlichen Wirtschaftsunternehmen
- Organisatorische und finanzielle Unterstützung von lokalen Initiativen und Vereinen sowie konkreter Projekte, die sich um die Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern bemühen

Das Konzept ist zeitnah zu erarbeiten, so dass die durch den Bund und das Land zusätzlich bereitgestellten Mittel für die Kreise und Kommunen zielgenau und effektiv eingesetzt werden können.